

A18 Niemand wird abgeklemmt

Gremium: Jusus Eichsfeld
Beschlussdatum: 14.07.2026

Antragstext

- 1 Strom und Wärme gehören zur Daseinsvorsorge. Wird der Zähler ausgebaut, fehlt
2 einem Haushalt die Kühlung für Lebensmittel und Medikamente, und in vielen
3 Wohnungen bleibt zusätzlich die Heizung kalt, weil Gasthermen ohne Strom nicht
4 anspringen. Bundesweit werden jedes Jahr rund 200.000 Stromsperren vollzogen,
5 ganz überwiegend wegen Rückständen im niedrigen dreistelligen Bereich. Wer diese
6 Beträge nicht aufbringen kann, zahlt nach der Sperre zusätzlich Sperr- und
7 Wiederinbetriebsetzungsentgelte und steht anschließend tiefer in der Kreide als
8 vorher.
- 9 Daher fordern die Jusus Thüringen:
- 10 • Ein Ende der Strom- und Gassperren. Das Land soll im Bundesrat auf eine
11 Änderung der Grundversorgungsverordnungen hinwirken, mit dem Ziel eines
12 gesetzlichen Sperrverbots, mindestens jedoch eines Verbots während der
13 Heizperiode sowie bei Haushalten mit Kindern, mit pflegebedürftigen
14 Angehörigen oder mit einem Anspruch auf existenzsichernde Leistungen.
 - 15 • Die Einrichtung eines Thüringer Energiehärtefallfonds bei den
16 Verbraucherzentralen und den Schuldnerberatungsstellen, aus dem
17 Zahlungsrückstände abgewendet und Ratenvereinbarungen abgesichert werden.
18 Die Beratungsstellen sollen zusätzliche Stellen erhalten, ihre Förderung
19 wird verstetigt und aus der jährlichen Neuverhandlung herausgenommen.
 - 20 • Landesweite Verstetigung des Stromspar-Checks in Trägerschaft der
21 Wohlfahrtsverbände, einschließlich des Austauschs ineffizienter Altgeräte
22 über eine Weiße-Ware-Förderung mit Zuschüssen von mindestens 200 Euro.
 - 23 • Eine verpflichtende Sozialberatung vor jeder Sperrung. Versorger sollen
24 angekündigte Sperrungen mit Einwilligung der Betroffenen an die kommunalen
25 Sozial- und Energieberatungsstellen melden, damit Hilfe greift, bevor der
26 Zähler ausgebaut wird.
 - 27 • Unterstützung der Forderung nach einem bundesweiten Klimageld als
28 pauschale Pro-Kopf-Rückerstattung der Einnahmen aus der CO2-Bepreisung.
29 Ohne diesen Ausgleich ist der ab 2027 wirkende europäische Emissionshandel
30 für Gebäude und Verkehr sozial nicht zu rechtfertigen. Thüringen soll dazu
31 eine Initiative in den Bundesrat einbringen.

Begründung

Erfolgt mündlich